



Nr. 7/2013

Juli

- ❑ **Maly: Wurzeln des Staates sind kommunale Wurzeln.** Seite 1
- ❑ **Distanzierte Haltung zum Heimatministerium.** Seite 4
- ❑ **Keine heile Welt bei den Kommunal финанzen.** Seite 5
- ❑ **Ganztagschule nicht auf Kommune abwälzen.** Seite 6
- ❑ **Korrekturen am LEP sind ein Rückschritt.** Seite 7
- ❑ **Städte gegen hohen Mindestabstand für Windräder.** Seite 8
- ❑ **Eigenverantwortliche Schule: Gesetz benachteiligt Kommunen.** Seite 9
- ❑ **Aufwind bei Steuern.** Seite 10

## Die Wurzeln des Staates sind kommunale Wurzeln

Vorsitzender Dr. Ulrich Maly vor dem BAYERISCHEN STÄDTETAG 2013 in Bayreuth

Am Anfang war die Stadt, dann kam der Staat. Die Wurzeln der Demokratie und des modernen Staates liegen in der Stadt, sei es in der griechischen Agora, in der Stadt des Mittelalters oder in den Ausprägungen des Verfassungsstaates - von den Anfängen im 19. Jahrhundert bis zum Grundgesetz. „Die Wurzeln der deutschen Verfassung sind kommunale Wurzeln“, sagte der Vorsitzende des Bayerischen Städtetags, Nürnbergs Oberbürgermeister Dr. Ulrich Maly beim BAYERISCHEN STÄDTETAG 2013 in Bayreuth. Vieles, was unser heutiges Staatswesen ausmacht, beruht auf Regeln, die einen kommunalen Ursprung haben. Und auch die Grundprinzipien des Grundgesetzes, wie Menschenwürde, Gerechtigkeit und soziale Sicherheit, gründen in der Stadt. Aus diesem Rückblick leitete Maly das Tagungsmotto ab, ein Zitat des ersten Bundespräsidenten Theodor Heuss: „Ohne Städte ist kein Staat zu machen“.

In der Stadt der Antike oder des Mittelalters haben die Stadtmauern den Bürgern Sicherheit versprochen. In der Stadt des 19. Jahrhunderts unter den Vorzeichen von Industrialisierung und urbanem Wachstum waren es soziale Einrichtungen, wie Blindeninstitute oder die Armenspeisungen, die den Menschen Schutz gegeben haben; sie sorgten dafür, dass eine Stadtgesellschaft im Angesicht von wirtschaftlichen

### Impressum

#### Herausgeber:

Bayerischer Städtetag, Körperschaft des öffentlichen Rechts,  
Prannerstraße 7, 80333 München

Briefanschrift: Postfach 10 02 54, 80076 München,  
Tel. 089/29 00 87- 0, Fax: 089/29 00 87- 70

E-Mail: [post@bay-staedtetag.de](mailto:post@bay-staedtetag.de)

Internet: [www.bay-staedtetag.de](http://www.bay-staedtetag.de)

Verantwortlich: Geschäftsführendes Vorstandsmitglied  
Bernd Buckenhofer

Druck: Offprint, Planegger Straße 121, 81241 München

Gedruckt auf FSC-zertifiziertem Papier

Umbrüchen und sozialen Verwerfungen nicht auseinander fällt. Maly: „Die erste soziale Infrastruktur, das erste soziale Netz überhaupt, ist ein kommunales gewesen.“ Laut Maly haben die Menschen in den alten Städten die „Angelegenheiten der örtlichen Gemeinschaft selbst geregelt“ und aus diesen Regeln leiteten sich über die Jahrhunderte hinweg der Verfassungsstaat und schließlich das Grundgesetz ab. Dies hat letztlich Theodor Heuss zum klugen Fazit bewogen, dass dieser Staat nur mit den Städten zu machen ist. Maly will diese Herleitung nicht als „Protzerei“ verstehen, „sondern es ist der Versuch, deutlich zu machen, wo wir unser Rollenverständnis auch in der Auseinandersetzung um die ganz banalen Fragen des Lebens sehen, nämlich: Wer kriegt wie viel Anteil von einem Steuer-Euro?“

Laut Maly erleben Menschen Staat über Leistungen der städtischen Infrastruktur: „Was den Menschen von der Wiege bis zur Bahre als Staat begegnet, ist oft städtisches Handeln und städtische Produktion. Entweder von Städten unterstützt, oder von Städten selbst getragen. Das bauen wir alles übrigens von 11 Cent von einem Steuer-Euro. Die meisten Menschen meinen immer, dass die Kommunen mehr Geld haben. Die Kunst, aus 11 Cent die Infrastruktur zu bauen, ist eine kommunale Kunst“.

Bei Kommunalpolitik geht es laut Maly „um die sehr existenzielle Frage, ob wir in der Lage sind, die berechtigten Erwartungen der Menschen an eine moderne Dienstleistungsgesellschaft zu befriedigen“. Bisweilen muss Kommunalpolitik „den Menschen auch abschlägige Antworten geben. Kommunalpolitik ist immer auch Erwartungsdämpfungsmanagement, weil wir auf der anderen Seite auch vielfach überschießenden Erwartungen gegenüberstehen.“ Als aktuelles Beispiel nannte Maly die Kinderkrippenversorgung: Wenn Eltern mit ihren Wünschen „am Klingelschild vom Rathaus drücken, aber wir immer nur sagen ‚Geht nicht. Gibt’s nicht. Können wir nicht. Sind wir rechtlich

gebunden‘ - dann werden sich die Menschen irgendwann vom Rathaus abwenden. Wer sich vom Rathaus abwendet, hat sich von der Demokratie und vom Staat abgewendet. Warum? Weil dieser Staat, den wir alle zusammen über die Städte machen, sich für die Menschen im kommunalen Handeln definiert.“

Seit den Zeiten der Industrialisierung und des wirtschaftlichen Wachstums stellen Städte eine immer raffiniertere Infrastruktur zur Verfügung: Gas, Strom, Wasser, Kanalisation, Tram, Bus, U-Bahn, Gewerbeaufsicht, Schulen, Behinderteneinrichtungen, Theater, Museum, Krankenhaus, Feuerwehr, Schlachthof, Friedhof. Diese Infrastruktur und eine geregelte Stadtplanung garantieren einen stabilen Rahmen, um Betrieben und Bürgern im Angesicht der Herausforderungen der Urbanisierung verlässliche Arbeitsvoraussetzungen und Lebensbedingungen zu geben. Maly: „Die Daseinsvorsorge ist grundsätzlich für alle da. Sie ist diskriminierungsfrei und sie ist gleich für alle.“

Seit dem 19. und 20. Jahrhundert schufen Generationen in den Städten eine ausgeklügelte kommunale Daseinsvorsorge mit Stadtwerken und öffentlichen Unternehmen. Gerade bayerische Kommunen bewahren und gestalten dieses Erbe laut Maly: „Es gibt wenige Bundesländer, wo weniger privatisiert worden ist, als im Freistaat Bayern. Vielleicht, weil es uns im Durchschnitt finanziell ein bisschen besser ging und der Druck nicht so groß gewesen ist. In anderen Städten ist viel verscheuert worden. Als erstes die Energieversorgung, oft die Wohnungsbauunternehmen. Wir haben den Laden in Bayern ganz ordentlich zusammengehalten.“

Kommunen sind sich der existenziellen Bedeutung ihrer Infrastruktur bewusst. Daseinsvorsorge ist laut Maly, anders als manche in der EU-Kommission denken, kein „exotisch antiquierter Restbestand deutscher Kommunalgeschichte“. Diese Aufgaben lassen

sich nicht besser durch Private erledigen. Der Markt kann laut Maly vieles gut regeln, „aber der Markt hat ein paar kleinere Schwächen: Er ist zukunfts-blind. Das heißt: Wenn es heute einen Tropfen Wasser im Fichtelgebirge oder im fränkischen Jura regnet, dann ist er in 70 Jahren bei uns in der Wasserleitung angekommen.“

Das nachhaltige Denken in der Wasserversorgung läuft in Intervallen von Jahrhunderten. Dagegen denkt der Markt im kurzen Takt von Quartalsbilanzen und im Streben des Shareholder Value nach schnellem Profit. Derzeit können sich vorübergehend die Kommunen über das Einlenken von EU-Kommissar Michel Barnier bei der Herausnahme von Trinkwasser aus der EU-Konzessionsrichtlinie freuen, allerdings ist mit weiteren Angriffen auf die Daseinsvorsorge zu rechnen: „Freuen wir uns über den Etappensieg und kämpfen wir weiter, wenn das Thema wiederkommt. Die Daseinsvorsorge ist in Deutschland ein Erfolgsmodell“, sagte Maly: „Warum sollten

wir was aufgeben, um was uns andere beneiden? Nein, wir müssen darum kämpfen, dass wir das erhalten, auch in der gelegentlichen Liberalisierungs- und Privatisierungswut der Europäischen Union, dass wir diesen Kernbestand der kommunalen Daseinsvorsorge erhalten. Da werden wir kämpfen wie die Löwen“.

Ohne Staat und ohne Regeln geht es nicht. Schutzschirme werden aufgespannt, sobald Märkte durcheinander geraten oder versagen. Bei Krisen oder Katastrophen kommen Forderungen nach staatlichem Handeln, sagte Maly: „Dann ruft man nach dem Staat. Dann will man auch wieder den Staat, der Schutz gewährt, der für sich ja auch den Anspruch hat, diesen Schutz für die Menschen zu gewähren. ‚Staat machen‘ hat ganz viel mit Sicherheit, mit individueller Sicherheit und Schutz zu tun.“

*Kontakt: [achim.sing@bay-staedtetag.de](mailto:achim.sing@bay-staedtetag.de)*

## BAYERISCHER STÄDTETAG 2013

### Ohne Städte ist kein Staat zu machen Forderungen an Bund und Land

Das Positionspapier sammelt wichtige Forderungen zu zentralen Feldern bayerischer Kommunalpolitik. Diese Forderungen gelten nicht nur kurzfristig mit dem Blick auf die Landtagswahl und die Bundestagswahl im September 2013. Das Positionspapier fasst die Themen des Bayerischen Städtetags zusammen und gibt Orientierung für die Arbeit der nächsten Jahre.

**Das Positionspapier steht im Internet zum Herunterladen bereit:**  
*[www.bay-staedtetag.de](http://www.bay-staedtetag.de), Jahrestagungen, Jahrestagung 2013*

Podiumsdiskussion beim BAYERISCHEN STÄDTETAG 2013

## Spitzenvertreter gehen auf Distanz zum Heimatministerium

**Mit unterschiedlicher Intonierung gingen die Spitzenvertreter der fünf Landtagsfraktionen auf Distanz zur Idee des Ministerpräsidenten, nach der Wahl einen „Heimatminister“ zu berufen. Die Podiumsteilnehmer beim BAYERISCHEN STÄDTETAG 2013 plädierten einhellig für eine inhaltliche Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung, ohne dies an einem neuen Ministerposten fest zu machen. Insofern besteht Konsens mit dem Positionspapier des Städtetags mit dem Leitmotiv, dass Bund und Land die Kommunen bei ihren vielfältigen Daseinsvorsorgeaufgaben im Sinne echter Dezentralisierung und Subsidiarität dauerhaft unterstützen.**

Städtetagsvorsitzender Dr. Maly formulierte in seiner Rede die Erwartung des Städtetags: „Wir wollen einen Kommunalminister mit Kompetenz, der im Kabinett fest verankert ist und kein Alibi!“ Eingehend diskutierten die Spitzenpolitiker unter Moderation von Ursula Heller die Idee zu einem neuen „Heimatminister“ mit möglichem Sitz in Franken. Seehofer hatte angekündigt, er wolle so viel kommunale Selbstverwaltung wie möglich und so wenig staatliche Reglementierung wie nötig. Die Frage, ob der Ministerpräsident mit seinem Vorschlag im Revier des Innenministers „gewildert“ habe, beantwortete Innenminister Joachim Herrmann (CSU) ausweichend: „Jedes Mitglied der Staatsregierung ist der Heimat verpflichtet“. Die Staatsregierung werde nach der Wahl vor allem in strukturschwachen Gebieten neue Akzente setzen, etwa durch die Verlagerung von Behörden oder die Stärkung des Wachstums. Es gehe um Inhalte und dezentrale Stärken. Herrmann: „Wir müssen mehr delegieren und dafür auch bei den Ministerien und den Kommunalpolitikern werben.“

Die Seehofer-Idee lehnte SPD-Spitzenkandidat Christian Ude ab: „Das Innenministerium ist das klassische und qualifizierteste Ministerium, das wir haben. Daran würde ich nicht rütteln. Wir

brauchen kein neues Ministerium, sondern eine neue Regierung, aber die durchaus mit den bewährten Ressorts!“ Die Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung sei der Regierungspartei 56 Jahre lang möglich gewesen. Statt auf den Goldenen Zügel zu verzichten und die Wirtschaftsförderung für den ländlichen Raum zu dezentralisieren habe Bayern in diesen Jahren eine „atemberaubende Zentralisierung“ erlebt.

Der Vorsitzende der FDP-Landtagsfraktion, Thomas Hacker, meint: „Die Verantwortung soll da getragen werden, wo sie näher am Bürger ist.“ Insofern sei es richtig, die Kommunen zu stärken. Ob man hierfür ein neues Ministerium brauche, sei Sache der Koalitionsverhandlungen. Grünen-Fraktionsvorsitzende Margarete Bause hält die Idee eines Heimatministeriums für eine „Wahlkampfgeburt“. Es sei nicht erkennbar, welche Kompetenzen dieses Ressort haben solle: „Wie will man die Zentralisierung bekämpfen, wenn man zentral ein Heimatministerium einrichtet?“ Bause erinnerte an das Gutachten des Zukunftsrats, der ganze Regionen Bayerns nach Österreich „abhängen“ wollte. Es dränge sich der Gedanke auf, dass mit der Idee des Heimatministeriums wieder etwas gut gemacht werden soll. Der Chef der Freien Wähler, Hubert Aiwanger, sagte: „Der Ministerpräsident will mit diesem Vorschlag nur sein schlechtes Gewissen gegenüber Franken dokumentieren. Für ein solches Ministerium kämen grundsätzlich auch andere Landesteile Bayerns in Betracht.“ Aiwanger sieht in den Themen Regionalität und Dezentralität eine Querschnittsaufgabe für alle Ministerien. Mit einem Ministerium außerhalb von München würde man den wichtigen Gedanken der Heimat aus dem Zentrum ausgrenzen.

*Kontakt: [thomas.kostenbader@bay-staedtetag.de](mailto:thomas.kostenbader@bay-staedtetag.de)*

Rede Maly und Podiumsdiskussion zur Landtagswahl

## Keine heile Welt bei den Kommunal финанzen

**Kein Städtetag ohne Diskussion über Kommunalfinанzen. Unisono wurde in Bayreuth betont, dass die positiven Finanzierungüberschüsse nicht die unterschiedliche Finanzlage der Kommunen wiedergeben und strukturschwachen Städten und Gemeinden geholfen werden muss.**

In seiner Rede wies Städtetags-Vorsitzender Maly darauf hin, dass die Kommunen trotz Finanzierungüberschüssen bei der Investitionstätigkeit eine Vollbremsung hingelegt haben. Diese Entwicklung ist erschreckend, weil die Kommunen nicht über ihre konsumtiven Aufgaben, sondern ihre investiven Aufgaben gestalten. Die seit vielen Jahren negative Netto-Investitionsrate zeigt, dass die Kommunen von ihrer Substanz leben. In der nächsten Legislaturperiode müssen vom Freistaat wie vom Bund Antworten gefunden werden, etwa zur Finanzierung der Gemeindeverkehrsinfrastruktur. Dort laufen vor allem größere Verkehrsprojekte, die über 2019 hinausreichen, Gefahr einer Nichtumsetzung. Wie geht es weiter mit der Entlastung bei den Sozialausgaben? Bei der Eingliederungshilfe für Behinderte ist eine Entlastung notwendig. Dies wäre nach der Entlastung bei der Grundsicherung im Alter ein zweiter Befreiungsschlag für die Kommunen. Eine Diskussion über eine Neuausrichtung des Solidarpakts muss beginnen. Hier ist die Milliardenumverteilung nach Gebietskulisse zu hinterfragen. Verhandlungen über die Neugestaltung des Länderfinanzausgleichs müssen beginnen.

Bei der Diskussion um strukturelle Änderungen beim kommunalen Finanzausgleich ist zu klären, ob der Bedarf der zentralen Orte ausreichend abgebildet wird. Die Zentralitätsfunktionen beginnen bereits bei kleineren Orten. Der Städtetag wird der Gleichung „klein ist gleich arm“ und „groß ist gleich reich“ weiter widersprechen, weil

sie nicht stimmt. Es gibt große Städte, denen es schlecht geht und kleine Gemeinden, denen es gut geht. Der Finanzausgleich muss eine Basisausstattung bringen, die eine Stadt mit zentralen Funktionen braucht und gewährleisten, dass Not leidenden Kommunen geholfen wird.

Bei der Podiumsdiskussion betonte Staatsminister Joachim Herrmann zwar die gute Finanzlage, ergänzte aber, dass die Treffsicherheit bei der Unterscheidung zwischen großen und kleinen Gemeinden innerhalb des kommunalen Finanzausgleichs nicht in Frage gestellt ist. Zielführender sei eine Differenzierung zwischen strukturschwachen und strukturstarken Kommunen. Dies muss im Rahmen des FAG-Gutachtens geprüft und im Einvernehmen mit der kommunalen Familie neu justiert werden. Oberbürgermeister Christian Ude forderte auch eine Differenzierung nach strukturschwachen und strukturstarken Kommunen. Den Kommunen dürfen keine unangemessenen Sparprogramme auferlegt werden, die eine Streichung aller freiwilligen Leistungen mit sich bringen. Dies würde die strukturellen Probleme nur beschleunigen. Der Freistaat muss ein mittelfristiges Entschuldungshilfeprogramm für Kommunen auflegen, die es nicht aus eigener Kraft schaffen. Eine solche „Überlebenshilfe“ ist nicht Aufgabe des kommunalen Finanzausgleichs. Nach Auffassung des Fraktionsvorsitzenden der Freien Wähler, Hubert Aiwanger, darf sich die Verteilungsdebatte nicht nur auf die Ebene zwischen Stadt und Land beschränken. Da die freie Finanzspanne bei vielen Kommunen gegen Null geht und die Investitionen zurückgefahren werden, plädiert er für eine Anhebung des Kommunalanteils an der Verbundquote auf 15 Prozent (derzeit 12,75).

Kontakt: [johann.kronauer@bay-staedtetag.de](mailto:johann.kronauer@bay-staedtetag.de)

Podiumsdiskussion beim BAYERISCHEN STÄDTETAG 2013

## Ganztagsschule nicht auf Kommunen abwälzen

**Die Diskussionsrunde zur Bildung eröffnete Erster Bürgermeister Benedikt Bisping, Lauf a. d. Pegnitz, mit der Frage, was die Landtagsparteien anstreben, um die Ganztagsschule besser auszustatten.**

Laut OB Christian Ude (SPD) ist die Ganztagsschule ein staatliches Schulangebot. Es könne nicht sein, dass der Schulnachmittag etwa im Grundschulbereich weitgehend auf die Kommunen abgewälzt wird. Insbesondere könne es nicht sein, dass der Freistaat die Kommunen in erheblichem Umfang für die Bezahlung des Schulnachmittags in Anspruch nimmt. Wenn der Freistaat so stolz darauf ist, die Kulturhoheit zu haben, müsse er ihr auch nachkommen.

Margarete Bause (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) pflichtete bei, dass Mittags- und Nachmittagsbetreuungen an Grundschulen nicht den Kommunen zugeschoben werden dürfen. Die Organisation sollte aus einem Guss im Sinne einer guten, gebundenen Ganztagsschule in staatlicher Verantwortung liegen. Derzeit müssten viele Schulen überlegen, ob sie überhaupt einen Antrag auf eine Ganztagsgruppe oder Ganztagsklasse stellen, weil sie mit den vorgesehenen Mitteln nicht auskommen. Außerdem sollte die Schulpolitik sehr viel mehr den Kommunen überlassen bleiben, etwa um Gemeinschaftsschulen und ein längeres gemeinsames Lernen vor Ort zu ermöglichen.

Laut Thomas Hacker (FDP) bestand noch vor fünf Jahren eine ganz andere Situation bei den Ganztagsschulen; man wurde überrascht von der Nachfrage nach offenen Angeboten. Immer wieder seien die Mittel aufgestockt worden. Die offene Ganztagsschule könne nur der erste Schritt sein. Künftig werde ein flächendeckendes

Angebot an gebundenen Ganztagsschulen gebraucht, allerdings nicht im Sinne einer Verpflichtung zur Teilnahme. Dieser Weg müsse in der nächsten Legislaturperiode beschritten werden.

Laut Hubert Aiwanger (FW) wächst die Nachfrage nach Betreuungsangeboten – wie der Krippenbereich zeige – schneller, als der Staat hinterher komme. Das achtjährige Gymnasium hätte angesichts seines zeitlichen Umfangs als Ganztagsangebot aufgestellt werden müssen, während ein neunjähriges Gymnasium im Halbtagsbetrieb geführt werden könne.

Für Innenminister Joachim Herrmann (CSU) ist der Freistaat Bayern beim Ausbau der Ganztagsschulen massiv vorangekommen. Er dankte den Kommunen, die mit dem Staat einen gemeinsamen, gewaltigen Kraftakt vollbracht haben. Je mehr der Ausbau voranschreite, desto mehr könnten künftig Mittagsangebote in ganztagsschulische Formen übernommen werden.

*Kontakt: [manfred.riederle@bay-staedtetag.de](mailto:manfred.riederle@bay-staedtetag.de)*

Sie können den INFORMATIONS BRIEF auch elektronisch beziehen: [www.bay-staedtetag.de](http://www.bay-staedtetag.de) gehen Sie rechts auf der Startseite auf das blau unterlegte Feld „Elektronischer Abodienst“ und klicken „Informationsbrief und PR-Mitteilungen“ an, um sich anzumelden.

Podiumsdiskussion beim BAYERISCHEN STÄDTETAG 2013

## Korrekturen am Landesentwicklungsprogramm sind ein Rückschritt

Der Bayerische Städtetag hatte alle Hoffnungen auf die Anhörung im Bayerischen Landtag gesetzt. Seine Kritik wurde einhellig von der Fachwelt bestätigt. Doch bis zur Bank der Regierungsparteien ist sie nicht durchgedrungen. Das Plenum des Bayerischen Landtags hat noch im Juni dem Entwurf der Bayerischen Staatsregierung zur Neufassung des Landesentwicklungsprogramms zugestimmt – einem Stückwerk, mit dem niemand glücklich wird. Die Korrekturen, die der Landtag an seine Zustimmung geknüpft hat, sollen einen politischen Erfolg der Regierungsparteien bringen. In der Sache ändern sie aber nichts, sondern sie schaffen vollendete Tatsachen, die nicht mehr rückgängig zu machen sind.

Mit gewisser Ernüchterung arbeiten Verbände, Städte und Gemeinden derzeit an ihrer dritten Stellungnahme zum Landesentwicklungsprogramm. Diesmal sind es die Änderungen des Landtags, zu denen sie Stellung nehmen. Sie machen den Entwurf der Staatsregierung nicht besser. Vieles ist nicht mehr als Schönfärberei, einige Korrekturen sind sogar als Rückschritt zu werten. Beispielsweise wurden die für die Bewahrung der bayerischen Kulturlandschaft so wichtigen Gebote der Innenentwicklung und Anbindung weiter gelockert. Der gravierende strukturelle Mangel, nämlich die überfällige, inhaltliche Neuausrichtung des Zentrale-Orte-Systems, wurde auf die nächste Legislaturperiode vertagt – laut OB Hans Schaidinger, erster stellvertretender Vorsitzender des Städtetags, eine „Bankrotterklärung des Landtags“. Das Thema erschien wohl zu konfliktträchtig für den Wahlkampf. Die Mehrheit im Landtag hätte dem Entwurf der Staatsregierung die rote Karte zeigen müssen. Nur ein kompletter Neustart der Gesamtfortschreibung eröffnet Chancen.

Die Kritik bei der Podiumsdiskussion des BAYERISCHEN STÄDTETAGS war vernichtend: SPD-Spitzenkandidat Christian Ude sagt noch zum Ende dieses Jahres eine Makulaturerklärung für die Gesamtfortschreibung des LEP voraus – egal, wie die Landtagswahl ausgehen wird. Margarete Bause, Spitzenkandidatin von BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN, kann sich kaum an eine Gesetzesinitiative erinnern, die derart viel Kritik geerntet hat. Der Regierungsentwurf sei nicht gut, nicht durchdacht, er biete nicht die Leitplanken an Planbarkeit und Verlässlichkeit für die Kommunen. Der Vorsitzende der FDP-Landtagsfraktion, Thomas Hacker, möchte abwarten, wie sich die gewählten Instrumente bewährt haben. Es sei jedem Verwaltungs- und Gesetzgebungsverfahren immanent, nach einer gewissen Zeit zu diskutieren, ob sich die Konzepte so entwickelt haben, wie man es sich gewünscht hätte. Nur Innenminister Herrmann hat versucht, den Beschluss zu verteidigen.

Doch ist das nicht zu halbherzig gedacht? Sollte das LEP tatsächlich noch in dieser Legislaturperiode in Kraft treten, werden all seine Defizite in Beton gegossen. Die Investoren stehen schon in den Startlöchern. In drei bis fünf Jahren ist viel Geld investiert, kostbare Kulturlandschaft unwiderbringlich zerstört und die Ressource Boden weiter beschnitten. Unabhängig vom Ausgang dieser Gesamtfortschreibung: Der Städtetag setzt auf die neue Staatsregierung. In seinem Diskussionspapier zur Jahrestagung fordert er eine komplette Überarbeitung des Landesentwicklungsprogramms.

Kontakt: [monika.geiss@bay-staedtetag.de](mailto:monika.geiss@bay-staedtetag.de)

Gesetzesinitiative von Bayern und Sachsen verhindert Windenergie

## Städtetag gegen höheren Mindestabstand für Windräder

**Der Vorstand des Bayerischen Städtetags hat in seiner Juli-Sitzung die Gesetzesinitiative der Freistaaten Bayern und Sachsen einstimmig abgelehnt: Öffnungsklauseln im Baugesetzbuch sollen Ländern erlauben, die Privilegierung für Windenergieanlagen sowie kommunale Windenergiekonzepte von einem höhenbezogenen Mindestabstand von der Wohnbebauung abhängig zu machen. Der Bayerische Städtetag sieht die Windenergie als tragende Säule der Energiewende. Er erinnert die Staatsregierung an die selbst gesetzten Ziele, wonach die heimische Windenergie bis 2021 bis zu zehn Prozent des Stromverbrauches in Bayern decken soll.**

Zur Vorgeschichte: Anfang Juni sagte Ministerpräsident Horst Seehofer der Anti-Windkraft-Initiative „Gegenwind Unterfranken“ zu, prüfen zu lassen, ob die Abstände zwischen Windenergieanlagen und Wohnbebauung erhöht werden könnten. Er griff dabei die Formel „10 H“ der Initiative auf. Danach müssen Windräder mindestens einen Abstand des zehnfachen ihrer Höhe von der Wohnbebauung einhalten. Das wäre bei einer – dem aktuellen technischen Stand entsprechenden – Gesamthöhe von 200 Meter ein Mindestabstand von 2000 Meter.

Der Gesetzesantrag (BR-Drucks. 569/13) vom 2. Juli 2013 möchte den Ländern in einer ersten Öffnungsklausel erlauben, die Privilegierungen von einem „angemessenen“ höhenbezogenen Mindestabstand zur Wohnbebauung abhängig zu machen. Die Angemessenheit sei bis zu einem Abstand von „10 H“ gegeben. Alle Anlagen, die diesen Mindestabstand nicht einhalten, fallen nicht unter die Privilegierung und sind nach der gesetzlichen Wertung im Außenbereich grundsätzlich unzulässig. Eine zweite Öffnungsklausel soll es den Ländern ermöglichen, dass auch den kommunalen Windkraftkonzepten ein angemessener

höhenbezogener Mindestabstand zu Grunde gelegt wird. Davon – zunächst – unberührt bleiben soll die unbegrenzte Steuerungsmöglichkeit über die Landes- und Regionalplanung. Jedoch hat der Freistaat – im Falle des Erfolgs des Gesetzesantrags – eine entsprechende Änderung des Bayerischen Landesplanungsgesetzes bereits angekündigt. Der Bundesrat hat den Gesetzesantrag am 5. Juli 2013 den Ausschüssen zur Beratung zugewiesen. Die Initiative dürfte damit – jedenfalls in dieser Legislaturperiode – gescheitert sein.

Das Vorhaben des Freistaats läuft nach Expertenmeinungen auf eine Verhinderung neuer Windenergieanlagen hinaus. Bei Zugrundelegung eines Abstandes von 2000 Metern sind in einigen Regionen Bayerns keine für Windenergieanlagen geeigneten Flächen vorhanden. Nach Berechnungen des Umweltministeriums verbliebe bei Zugrundelegung eines Abstandes von nur 1400 Meter eine Bruttofläche von knapp über drei Prozent des Landesgebietes, netto (unter Berücksichtigung der Windhöflichkeit und des Naturschutzes) nur knapp über ein Prozent, weniger als ein Drittel des jetzigen Wertes.

Viele Planungsverbände und Kommunen haben bereits Windenergiekonzepte nach mühsamen Diskussionen mit Bürgern, Verbänden, Windkraftbefürwortern und –gegnern erarbeitet und fertig abgewogen. Bürgermeister vertraten dabei das gemeinsame Ziel der Energiewende. Die Gesetzesinitiative des Freistaats fällt diesen Bürgermeistern in den Rücken und lässt die Planungsträger mit der Frage allein, wie es nun weitergeht.

*Kontakt: [florian.gleich@bay-staedtetag.de](mailto:florian.gleich@bay-staedtetag.de)*



Kultusministerium negiert Mehrkosten beim Sachaufwand für staatliche Schulen

## Eigenverantwortliche Schule: Gesetz benachteiligt Kommunen

**Bayerischer Städtetag und Gemeindetag haben im Rahmen einer Änderung des Schulrechts gefordert, nicht nur staatlichen, sondern auch kommunalen Schulen die Möglichkeit einer erweiterten Schulleitung einzuräumen. Der Gesetzgeber ist dieser Forderung nicht nachgekommen.**

Das Kultusministerium hat im April einen Gesetzentwurf mit der erklärten Zielsetzung auf den Weg gebracht, die Eigenverantwortung der Schulen zu stärken. Da sich der Kreis der zu beurteilenden Lehrkräfte im Zuge der Ausweitung der Dienstrechtsreform annähernd verdoppelt hat, steht der Schulleitung immer weniger Zeit für die Betreuung der Lehrkraft zur Verfügung. Aufgrund positiver Erfahrungen werden künftig sukzessive mehr Lehrkräfte im Rahmen einer erweiterten Schulleitung mit Führungs- und Personalverantwortung betraut. In den nächsten beiden Schuljahren soll an rund 115 staatlichen Schulen (40 Realschulen, 50 Gymnasien und 25 beruflichen Schulen) das neue Instrumentarium eingeführt werden.

Den kommunalen Schulen wird die Möglichkeit einer erweiterten Schulleitung allerdings vorenthalten. Städtetag und Gemeindetag halten das für nicht akzeptabel. Sie haben im Gesetzgebungsverfahren gefordert, auch die kommunalen Schulen einzubeziehen. Die Ungleichbehandlung staatlicher und kommunaler Schulen ist bildungspolitisch und verfassungsrechtlich fragwürdig. In der Gesetzesbegründung wird explizit zugestanden, dass die erprobten Änderungen in den Führungsstrukturen auch Auswirkungen auf die Unterrichtsqualität sowie den Lern- und Bildungserfolg der Schülerinnen und Schüler haben.

Ebenso wird der positive Einfluss auf die Professionalisierung der Lehrkräfte betont. Es ist nicht nachzuvollziehen, warum die kommunalen Schulen als wichtiger Teil des öffentlichen Schulwesens davon nicht profitieren dürfen.

Nicht minder problematisch ist die Kostenaussage im Gesetzesvorblatt. Dort ist zu lesen, dass den Kommunen durch die Einführung der geplanten Maßnahmen keine Mehrkosten entstünden. Unberücksichtigt bleibt dabei, dass die Kommunen als Träger des Sachaufwands für staatliche Schulen deren zusätzlichen Raum- und Sachbedarf für die erweiterten Schulleitungen zu tragen haben.

Der Staat benachteiligt die Kommunen also gleich in zweifacher Hinsicht: Er verweigert ihnen nicht nur die Einführung des neuen Führungsinstruments an den eigenen Schulen, sondern auch noch den Ersatz des sächlichen und investiven Mehraufwands bei den staatlichen Schulen.

*Kontakt: [manfred.riederle@bay-staedtetag.de](mailto:manfred.riederle@bay-staedtetag.de)*

Die internationale Konferenz Walk21 findet vom 11. - 13. September 2013 in München statt. Die Konferenz zur Förderung des Fußverkehrs kommt erstmalig nach Deutschland und steht unter dem Motto „Walking Connects“. [www.walk21munich.de](http://www.walk21munich.de)

Gewerbsteuer und Steuerbeteiligungsbeträge

## Aufwind bei den Steuereinnahmen setzt sich fort

**Mit einem Anstieg bei den Steuerbeteiligungsbeträgen der Städte und Gemeinden in Bayern um rund 12 Prozent sowie einem Plus beim Gewerbesteueraufkommen der kreisfreien Städte von knapp 20 Prozent setzt sich der positive Trend im zweiten Quartal 2013 fort.**

Nach einer aktuellen Umfrage des Bayerischen Städtetags bei den kreisfreien Städten in Bayern betrug das Gewerbesteueraufkommen (Brutto) im zweiten Quartal 1.124 Millionen Euro und liegt damit knapp 20 Prozent über dem Aufkommen des Vorjahresquartals. Zuletzt legte die Gewerbsteuer im Jahresauftaktquartal mit einem Aufkommen von 1.085 Mio. Euro um 30 Prozent zu. Für das erste Halbjahr 2013 ergibt sich somit ein Plus von 28 Prozent gegenüber dem Vorjahreszeitraum.

Die Umfrageergebnisse zeigen insgesamt eine positive, aber stadtbezogen sehr unterschiedliche Entwicklung bei den Gewerbesteuereinnahmen. Während bei einzelnen kreisfreien Städten eine außerordentliche Steigerung stattgefunden hat, mussten einige Städte im zweiten Quartal erhebliche Einbußen verkraften. Die Zahlen der kreisangehörigen Städte und Gemeinden liegen noch nicht vor.

Die Beträge der gemeindlichen Steuerbeteiligungen aller Städte und Gemeinden in Bayern liegen in Summe (1.795 Mio. Euro) auf dem Niveau des Jahresauftaktquartals. Gegenüber dem Vorjahresquartal ergibt sich ein Plus von rund 12 Prozent. Insbesondere die merklichen Zuwächse bei der Einkommensteuerbeteiligung um rund 185 Mio. Euro auf 1.519,09 Mio. Euro (+ 13,87 Prozent) und den Einkommensteuerersatzleistungen um 8 Mio. Euro (+ 6,57 Prozent) wirken stabilisierend auf die kommunalen Haushalte. Aufgrund des Einflusses der

Einfuhrumsatzsteuer gibt es bei der Umsatzsteuerbeteiligung (147 Mio. Euro) nur einen marginalen Anstieg (+ 1,15 Prozent). Insgesamt ergibt sich bei den Steuerbeteiligungsbeträgen im ersten Halbjahr ein Plus von 9,5 Prozent gegenüber dem Vorjahreszeitraum. Vor allem die positive Entwicklung bei der Einkommensteuerbeteiligung bis zur Jahresmitte (+ 11 Prozent) gibt berechtigte Hoffnungen, dass die Prognose der Steuerschätzer (+ 5,7 Prozent) in diesem Jahr übertroffen wird.

Fazit: Bei den Steuerbeteiligungsbeträgen, vor allem bei der Einkommensteuerbeteiligung, werden die Planansätze in den Haushalten der Städte und Gemeinde in diesem Jahr aller Voraussicht nach keiner Belastungsprobe ausgesetzt. Das Gewerbesteueraufkommen der kreisfreien Städte in der ersten Jahreshälfte stellt sich insgesamt positiv dar. Hier bleibt die weitere Entwicklung abzuwarten. Die Erfahrungen aus dem letzten Jahr zeigen, dass sich der positive Trend innerhalb eines Quartals drehen kann.

Die Anfang Juli 2013 veröffentlichte Projektion des Bundesfinanzministeriums zur mittelfristigen Entwicklung der öffentlichen Haushalte, nach der für die Gemeinden (Kernhaushalte) bundesweit positive Finanzierungssalden zwischen 4 und 5 Milliarden Euro prognostiziert werden, lässt die finanzielle Schieflage vieler Kommunen leicht vergessen. Im Hinblick auf steigende Sozialausgaben, Kassenkredite und einen massiven Investitionsrückstand (KfW-Kommunalpanel: 128 Milliarden Euro), werden die positiven Gesamtsalden zu keiner substanziellen Verbesserung der kommunalen Finanzlage führen.

Kontakt: [johann.kronauer@bay-staedtetag.de](mailto:johann.kronauer@bay-staedtetag.de)

## Persönliche Nachrichten

### Ehrungen

Oberbürgermeister **Hans Schaidinger**, Regensburg, 1. stellvertretender Vorsitzender des Bayerischen Städtetags, wurde der Bayerische Verdienstorden verliehen.

### Geburtstage

Im Juli 2013 feiern

den 70. Geburtstag: Bürgermeister **Josef Daubenmerkl**, Waldershof, Bürgermeister **Reinhold Freudig**, Lindenberg, Bürgermeister **Adalbert Guggemos**, Füssen, Bürgermeister **Peter Heizer**, Planegg, Bürgermeister **Dieter Sebastian**, Zirndorf,

den 65. Geburtstag: Erster Bürgermeister **Günther Knoblauch**, Mühldorf am Inn, Bezirksvorsitzender im Regierungsbezirk Oberbayern des Bayerischen Städtetags, Bürgermeister **Bernd Müller**, Herzogenaurach, Bürgermeisterin a. D., Stadträtin **Gisela Niclas**, Erlangen, Mitglied im Sozialausschuss des Bayerischen Städtetags,

den 60. Geburtstag: Erster Bürgermeister **Klaus Habermann**, Aichach, Mitglied im Ausschuss der kreisangehörigen Verbandsmitglieder des Bayerischen Städtetags,

den 50. Geburtstag: berufsm. Stadtrat **Muchtar Al Ghusain**, Würzburg, Mitglied im Kulturausschuss des Bayerischen Städtetags.

## „Die Staatsregierung ist Dienstleister der Städte“

Ein Satz aus dem Munde eines Mitglieds der Bayerischen Staatsregierung hat es den Teilnehmern des BAYERISCHEN STÄDTETAGS 2013 in Bayreuth angetan. Manche haben ihn genau mitgeschrieben: „Die Bayerische Staatsregierung ist Dienstleister der Städte“, sagte Sozialministerin Christine Haderthauer beim Abend-Empfang der Stadt Bayreuth.

Für den stellvertretenden Städtetagsvorsitzenden Oberbürgermeister Hans Schaidinger „ist dies das wichtigste Ergebnis dieses BAYERISCHEN STÄDTETAGES“, sagte er in seinem Schlusswort: „Und jeder von uns wird sich den Satz eingerahmt über den Schreibtisch hängen. Und ich bitte die Geschäftsstelle, dafür zu sorgen, dass der Satz auch eingerahmt in die Bayerische Staatskanzlei und alle Ministerien geschickt wird, damit er auch an prominenter Stelle überall präsent sein kann.“

Schaidinger zeigt sich über Haderthauers Variation des Heuss-Zitats („Ohne Städte ist kein Staat zu machen“), das über dem BAYERISCHEN STÄDTETAG 2013 stand, erfreut: „Die Bayerische Staatsregierung ist Dienstleister der Städte‘ - das hätten wir uns, als wir dieses Heuss-Zitat, das immerhin schon 60 Jahre alt ist, zum Motto dieses STÄDTETAGES gemacht haben, nicht träumen lassen, dass wir so eine epochale Erkenntnis präsentiert bekommen. Aber wir haben sie mit Dankbarkeit entgegen genommen, vor allen Dingen, weil wir ja wissen, dass dieses Heuss-Zitat manchmal auch ganz anders verstanden wird.“

**Termine**

- 05.08.2013 **Pressekonferenz** in München
- 24.09.2013 **Ausschuss der kreisangehörigen Verbandsmitglieder** in München
- 25.09.2013 **Umweltausschuss** in München
- 01.10.2013 **Gesundheitsausschuss** in München
- 10.10.2013 **Wirtschafts- und Verkehrsausschuss** in München
- 10.10.2013 Arbeitskreis **Finanzen** in München
- 11.10.2013 **Finanzausschuss** in München
- 15.10.2013 **Bezirksversammlung Oberfranken** in Coburg
- 15.10.2013 **Verwaltungs- und Rechtsausschuss** in München
- 16.10.2013 **Bezirksversammlung Unterfranken** in Bad Neustadt a. d. S.
- 16.10.2013 Arbeitskreis **Planen und Bauen** in München
- 17.10.2013 **Forstausschuss** in München
- 17.10.2013 **Sportausschuss** in Baiersdorf
- 18.10.2013 Arbeitskreis **Organisation** in Neu-Ulm
- 18.10.2013 **Schulausschuss** in München
- 24.10.2013 **Bau- und Planungsausschuss** in München
- 25.10.2013 Arbeitskreis **Personal** in Würzburg
- 25.10.2013 **Sozialausschuss** in München
- 04.11.2013 Arbeitskreis **Stadtarchive** in München
- 05.11.2013 **Vorstand** in München
- 08.11.2013 **Pressekonferenz** in München

*abgeschlossen am 18.07.2013*